

Lampertheimer Zeitung vom 14.06.2005

"Erich Maier: >>Innerlich erschüttert<<"

Gremium trifft keine Entscheidung in puncto Sanierungsvariante für die Neuschlösser Straßen

LAMPERTHEIM Dass die Stadtverordnetenversammlung bei ihrer jüngsten Sitzung keine Entscheidung über die Festlegung auf eine Sanierungsvariante für die Straßen im Wohngebiet auf dem Gelände der ehemaligen chemischen Fabrik Neuschloß fällen wird, war nach der Entwicklung im Vorfeld absehbar.

Das aus CDU, FWG, FDP und Grünen bestehende Bündnis hatte sich am Abend vor der Sitzung zu einer Koalitionsrunde getroffen, dabei aber kein einheitliches Meinungsbild entwickeln können. Bei der CDU ging die Tendenz eher zur Variante I, also jener vom Magistrat als "Minimallösung" bezeichneten Variante, für deren Umsetzung das Land Hessen die Kosten alleine zu tragen hätte. Überraschend dann allerdings, dass ausgerechnet die SPD die Behandlung des Themas kippte.

Nach der Haltung der Sozialdemokraten im Lampertheimer Stadtentwicklungs- und Bauausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss schien ein Votum für die Sanierungsvariante II programmiert. Zumal Stadtverordneter und Ortsbeiratsmitglied Manfred Reipa erklärt hatte, mit Variante II "kann man in Neuschloß leben".

Von den Regierungsfractionen wurde der Antrag der SPD jedenfalls lauthals beklatscht. Besonders laut von der CDU, als wollte sie damit deutlich machen, dass ihr die Opposition eine Entscheidung abgenommen habe. Konsterniert war neben dem Bürgermeister "mit Abstrichen" auch Gottlieb Ohl (FDP, Ortsvorsteher Neuschloß). Bei der Abstimmung über die Absetzung des Tagesordnungspunktes enthielt er sich der Stimme.

Hans Hahn (SPD) hatte argumentiert, nach den Ausschusssitzungen habe sich die SPD-Fraktion noch einmal intensiv mit dem Thema befasst und noch offene Fragen gestellt. Vor allem gehe es um die vom Magistrat avisierten Einsparungen von 1,5 bis 1,8 Millionen Euro aus den Kostenbeteiligung der Versorgungsunternehmen.

Die SPD wolle sich aber erst nach konkreten Aussagen entscheiden. Nach "gewissen Informationen" hätten die Versorgungsunternehmen gar keinen Grund, sich an der vorzeitigen Sanierung zu beteiligen, mutmaßte Hahn. Die SPD wolle zudem wissen, ob und welche Kosten auf die Stadt bei zukünftigen Reparaturen oder Installationsarbeiten im kontaminierten Bereich zukämen. "Innerlich erschüttert" reagierte Bürgermeister Erich Maier auf die Haltung des kommunalen Parlaments. Seit Jahren bestehe Konsens, dass die Sanierung der Straßen unverzichtbarer Bestandteil der Gesamtsanierung sei.

Die Verwaltung habe für den Magistrat, den Ortsbeirat und die kommunalpolitischen Gremien eine umfassende Vorlage entwickelt, über die in den Gremien ausgiebig diskutiert worden sei. Die Stadtverordnetenversammlung hätte durchaus eine Entscheidung treffen können, meinte Maier und befürchtete, die Verzögerung könne erhebliche negative Auswirkungen auf den weiteren Sanierungsverlauf haben.

"Nägel mit Köpfen" müssten wegen des nach der Maut-Einführung stark zugenommenen Lkw-Verkehrs im innerstädtischen Bereich (Wormser Straße, Mannheimer Straße, Andreasstraße) gemacht werden, forderte Franz Korb (CDU) in der Stadtverordnetenversammlung.

Am gestrigen Montag sei ein von den Bürgermeistern des Mittelzentrums Ried (Lampertheim, Bürstadt, Biblis, Groß-Rohrheim) unterzeichneter Brief an den Hessischen Verkehrsminister Dr. Alois Rhiel sowie an die zuständigen Behörden gegangen, sagte Bürgermeister Erich Maier. Die Forderung nach schnell greifenden Maßnahmen sei darin deutlich artikuliert.

(Von Bernd Bohn)